



Das Ja Roms zur **Lockerung** der **Mandatsbeschränkung** in den **Gemeinden** bringt die Volkspartei in die Bredouille. Die anstehende Reform im Regionalrat wird zur **Zerreißprobe**.

SEITE 3

Comeback der Dorfkaiser?



Foto: C. Sambolunghi (in: 19/10/2024)

Das Dorfkaiser-Dilemma

Mit seinem Ja zum **Sonderweg** hat **Rom** der SVP ein Ei ins Nest gelegt: Die Frage, wie lange **Bürgermeister** und **Referenten** im Amt bleiben dürfen, wird zur politischen Zerreißprobe.

von Matthias Kofler

Die Zwölferkommission in Rom hat gestern mit neun Ja und drei Enthaltungen die Durchführungsbestimmung zur Mandatsfestlegung für die Gemeindeverwalter verabschiedet. Zuvor hatte das Innenministerium zwar grünes Licht gegeben, jedoch auch textliche Anpassungen gefordert, um den Bezug zu den staatlichen Bestimmungen zu gewährleisten. Diese Anforderungen hat die Kommission jedoch ignoriert. „Das ist eine Grundsatzfrage: Wir können nicht in einem Bereich, in dem wir primäre Kompetenz haben, auf die sekundäre Zuständigkeit des Staates verweisen“, erklärt Meinhard Durnwalder.

In Bezug auf die Mandatsbeschränkung scheint Rom bereit zu sein, der autonomen Region Ge-

„Wir haben hier schon zu viel versprochen. Wenn wir jetzt von diesem Weg abweichen, verstehe ich die Welt nicht mehr.“

Franz Locher

staltungsspielraum zu lassen. Der Hintergrund: Der Trentiner Landeshauptmann Maurizio Fugatti erhofft sich, damit die Möglichkeit für eine dritte Amtszeit zu sichern. Kommissionsmitglieder zeigen sich überrascht über die schnelle Zustimmung zur Durchführungs-



Alessandro Urzi

bestimmung durch die von der Lega geführten Innen- und Regionalministerien.

Die SVP steht vor einem Dilemma: Einerseits kann sie nicht Nein zu einer autonomen Kompetenz in der Mandatsbeschränkung sagen, andererseits befürchtet sie, dass eine neue politische Debatte über die Dauer der Amtszeiten der „Dorfkaiser“ und ihrer Referenten entbrennen könnte. Laut Staatsgesetz soll es in Gemeinden mit weniger als 5.000 Einwohnern keine Beschränkung mehr geben. Assessor Franz Locher bekräftigt: „Wir haben hier schon zu viel versprochen. Wenn wir jetzt von diesem Weg abweichen, verstehe ich die Welt nicht mehr.“

In den Kleingemeinden herrscht jedoch Unsicherheit, da die Abschaffung der Mandatslimits – bislang eine heilige Kuh – dazu führen könnte, dass Amtsinhaber am Stuhl kleben bleiben und es zunehmend schwieriger wird, motivierte Kandidaten zu finden. Auch in grö-



Meinhard Durnwalder

ßeren Gemeinden ist die Lage nach dem Ja aus Rom ungewiss: Während Bürgermeister in Gemeinden mit bis zu 15.000 Einwohnern auf eine Erhöhung des Limits von drei auf vier Perioden drängen, fordern die Bürgermeister von Bozen und Bruneck, Renzo Caramaschi und Roland Griessmair, eine Sonderregelung, die ihnen eine dritte Amtszeit ermöglichen würde (laut Staatsgesetz muss die Amtszeit nach zwei Perioden enden).

Locher plant, heute in der Gesetzgebungskommission vorläufig die staatliche Regelung vorzuschlagen, um rechtlich auf sicherem Boden zu stehen. Denn für den Sonderweg fehlen der Region noch die Zustimmungen der Rechtsämter der Ministerien, die Einwilligung des Ministerrats und schließlich die Unterschrift des Staatspräsidenten – und das alles bis zum 13. November. Danach beginnt die 60-tägige Frist für Anfechtungen, um sicherzustellen, dass das Gesetz rechtzeitig in Kraft treten kann



Franz Locher

und die Gemeindewahlen im Mai nicht gefährdet werden.

Die Zeit drängt. „Das wird kein Selbstläufer“, warnt Assessor Locher. Es steht fest, dass die Lega aufgrund der Eigeninteressen von Fugatti im Regionalrat auf eine großzügige Auslegung drängen wird. Locher selbst kann sich eine Art „Mittelweg“ vorstellen, wie auch immer dieser aussehen mag. Der größte Widerstand gegen eine Abweichung von den staatlichen Limits kommt vom Koalitionspartner Fratelli d'Italia, der stärksten Regierungspartei in Rom. Alessandro Urzi und zwei Mitstreiter haben sich in der Zwölferkommission enthalten, da sie befürchten, mit einer Wiederkandidatur von Fugatti im Trentino und von Caramaschi in Bozen ins Hintertreffen zu geraten. „Eine verfassungsrechtlich fragwürdige Norm, die uns von gleichartigen Situationen im Rest Italiens abkoppelt, birgt die Gefahr, dass die gesamte bisher geleistete Arbeit zunichtegemacht wird“, so Urzi.